Bundesministerin für Wirtschaft
und Energie
Frau Katherina Reiche
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie
10100 Berlin

Per E-Mail: ministerbuero@bmwe.bund.de

5. Oktober 2026

Zuckergetränkesteuer: Betroffene Unternehmen bitten eindringlich um Ihre Unterstützung für eine bürokratiearme und sachgerechte Umsetzung – kurzfristig

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

die mit der Einführung einer Zuckergetränkesteuer verbundenen Herausforderungen für die Unternehmen unserer Branchen haben wir auch Ihrem Haus, insbesondere Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Steiniger und Herrn Staatssekretär Dr. Steffen, bereits verdeutlicht.

Wir fürchten hier erhebliche Belastungen. Anzusprechen sind dabei die von Seiten des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) selbst projektierten deutlich überdimensionierten Einnahmen sowie die massiven Bürokratielasten. Für viele unserer kleinen und mittelständischen Mitgliedsbetriebe bedeuten diese Pläne eine existentielle Gefährdung. Die Vorschläge des BMF gehen zudem weit über den von der FinanzKommission Gesundheit gesetzten Rahmen hinaus. Wir sehen zu den damit verbundenen wirtschaftspolitischen Fragestellungen eine besondere Verantwortung in den laufenden Ressortabstimmungen bei Ihrem Haus.

Wir plädieren daher eindringlich dafür, dass sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) auf allen Ebenen in den laufenden Abstimmungen mit den anderen beteiligten Bundesministerien für eine bürokratiearme und faire Ausgestaltung der geplanten Zuckergetränkesteuer einsetzt, sofern diese zur Umsetzung kommt. Konkret hatten wir folgende strukturellen Probleme gegenüber Ihrem Haus adressiert:

- Das **geplante Inkrafttreten** zum 1. Juli 2027 halten wir für angesichts der betrieblichen Herausforderungen für nicht darstellbar. Selbst aus der Bundeszollverwaltung wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass eine angemessene Umsetzungsfrist benötigt wird. Eine Einführung, die nun mitten im Sommer die Unternehmen in der Getränke-Industrie in einer Phase der betrieblichen Höchstbelastung treffen würde, ignoriert die wirtschaftlichen Belange.

- Für die überraschende **Ausweitung des Steuergegenstands** durch das Bundesministerium der Finanzen (BMF) mit einer zusätzlichen dritten Steuerstufe sehen wir keine Grundlage.

- Die mit dem aktuell **vorgesehenen Erhebungsmodell (Steuerlager)** verbundenen **Bürokratielasten** – sowohl für die Erhebung bei den Unternehmen (angesichts der dort notwendigen organisatorischen und betrieblichen Aufwendungen bzw. Mehrbelastungen gleichermaßen für die Einrichtung wie den zukünftigen Betrieb) wie für die Kontrolle durch die Zollverwaltung selbst – werden vom BMF systematisch kleingerechnet und kleingeredet. Eine fundierte Erörterung mit der betroffenen Wirtschaft steht weiter aus. Dass auch insofern für Kleinbetriebe bisher keine sachgerechten Ausnahmeregelungen bzw. Erleichterungen durch das BMF vorgesehen sind, können wir ebenfalls nicht nachvollziehen.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

wir möchten Sie und das BMWE daher noch einmal eindringlich bitten, sich angesichts der aufgezeigten zentralen Herausforderungen wirtschafts- und ordnungspolitisch für angemessene Umsetzungen einzusetzen.

Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) und das Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) haben Leitungsvorbehalte eingelegt und setzen sich aktuell ihrerseits für angemessene und möglichst bürokratiearme Vorgaben ein. Aus Sicht der substanziell betroffenen Unternehmen wäre es sehr wichtig, wenn das Bundeswirtschaftsministerium hier nachhaltig unterstützt.

Für Rückfragen und den fachlichen Austausch stehen Ihrem Haus die Geschäftsstellen der unterzeichnenden Verbände gerne zur Verfügung. Auf Ebene der Präsidenten bieten wir gerne an, Ihnen die aufgezeigten Herausforderungen auch kurzfristig in einem persönlichen Gesprächsformat näher zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V. (wafg)
Barbara Körner, Präsidentin
E-Mail: mail@wafg.de,Telefon: 030-2592580
Die wafg ist eingetragen im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag – Registernummer: R000880

Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e.V. (VdF)
Heinrich Reuss, Präsident
E-Mail: info@fruchtsaft.org, Telefon: 0228-954600
Der VdF ist eingetragen im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag – Registernummer: R002462

Verband Deutscher Mineralbrunnen e.V. (VDM)
Henning Rodekohr, Vorsitzender
E-Mail: info@vdm-bonn.de, Telefon: 0228-959900
Der VDM ist eingetragen im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag – Registernummer: R000843

Deutscher Brauer-Bund e.V.
Christian Weber, Präsident
E-Mail: info@brauer-bund.de, Telefon 030-209167-25
Der Deutsche Brauerbund ist eingetragen im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag – Registernummer: R000424

Private Brauereien Deutschland e.V.
Martin Schimpf, Präsident
E-Mail: info@private-brauereien-deutschland.de, Telefon: 06431-52048
Die Privaten Brauereien Deutschland sind eingetragen im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag – Registernummer: R001127

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. (BVE)
Dr. Bernhard J. Simon, Vorsitzender
E-Mail: info@ernaehrungsindustrie.de, Telefon: 030-200786-0
Die BVE ist eingetragen im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag – Registernummer: R000283